

## NACHRICHTEN

## GETRÄNKE

## Bierbrauer vor Einschnitten

**WERNESGRÜN** – Der Brauerei im Vogtland, die zur Bitburger Brauergroup gehört, stehen Einschnitte bevor, das kündigte Konzernchef Axel Dahm an. Details liegen laut Branchenmagazin „Inside“ zwar noch nicht vor, dennoch müssen nach seiner Meinung Struktur und Belegschaft im gesamten Konzern angepasst werden, heißt es im Magazin. Die gastronomielastige Brauergroup liege mit elf Prozent unter den Umsätzen des Vorjahres. 3000 Hektoliter Bier, das im aktuellen Geschäftsjahr nicht verkauft werden konnte, habe das Virus aktuell abgeaugt. |fp

## LUFTFAHRT

## Russland

## startet eingeschränkt

**MOSKAU** – Nach mehr als vier Monaten ohne internationalen Flugverkehr wird Russland erstmals wieder reguläre Verbindungen mit dem Ausland aufnehmen. Angeflogen würden vom 1. August an zunächst die Türkei, Großbritannien und Tansania, sagte Vizeeregierungschefin Tatjana Golikowa am Freitag. Besonders die Türkei ist für Russen wegen der deutlich günstigeren Urlaubsangebote als in der Heimat ein attraktives Reiseziel. Das Verkehrsministerium in Moskau teilte mit, dass Verhandlungen mit 30 weiteren Ländern über eine Wiederaufnahme des Flugverkehrs liefen. |dpa

## DEUTSCHE BAHN

## Flixtrain fechtet Staatshilfe an

**BERLIN** – Der private Zuganbieter Flixtrain will die geplante milliardenschwere Staatshilfe für die Deutsche Bahn nicht klaglos hinnehmen. In einem Schreiben an EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager setzt sich der Konkurrent dafür ein, die Unterstützung für den Marktführer mit Auflagen zu versehen. So sollten Wettbewerber ihre Fahrkarten über Buchungskanäle der Bahn verkaufen können und günstigere Gebühren sowie umfassendere Rechte für die Schiennutzung erhalten. Der Bund hatte der Bahn im Zuge des Klimapakets bis 2020 jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich in Aussicht gestellt. |dpa

## ROHSTOFFE

## Ölpreis macht Plastik billiger

**OSNABRÜCK/KÖLN** – Der niedrige Preis für Rohöl und damit auch Plastik setzt die Recyclingbranche in Deutschland unter Druck. Nun schlägt die zuständige Behörde Alarm und fordert Hersteller auf, recyceltes Material einzusetzen – auch wenn es teurer ist. „Die aktuell geringe Nachfrage nach Kunststoff-Recyklaten führt bei mehreren Recyclingbetrieben zur Existenzfrage“, warnte die Chef der Zentralen Stelle Verpackungsregister, Gunda Rachut, am Freitag. „Die Hersteller müssen gegensteuern. Kostenargumente greifen deutlich zu kurz.“ |dpa

## MOBILFUNK

## Weniger Einnahmen bei Vodafone

**LONDON/DÜSSELDORF** – Der britische Telekommunikationskonzern Vodafone hat im abgelaufenen Quartal wegen der Coronakrise in vielen europäischen Ländern deutliche Einbußen einstecken müssen. Insbesondere in den von der Pandemie schwer betroffenen Ländern Italien, Spanien und Großbritannien kam es zu deutlichen Rückgängen. In Deutschland, Vodafone größtem Einzelmarkt, hielten sich die Erlöse stabil. Vodafone-Chef Nick Read will die Investoren mit dem Börsengang der europäischen Funkturnsparte im kommenden Frühjahr aber bei Laune halten. |dpa

# Warum die Solarindustrie im Osten eine neue Chance bekommt

Unter der Regie von Gunter Erfurt kehrt die Produktion von Solarmodulen nach Freiberg zurück. Was treibt den Physiker an?

VON CHRISTOPH ULRICH

**HOHENSTEIN-ERNSTTHAL** – Der beispiellose Niedergang der ostdeutschen Solarindustrie, die sich der chinesischen Konkurrenz nicht erwehren konnte, hat den promovierten Physiker Gunter Erfurt nachdenklich gemacht. „Ist es ein gutes Konzept, dass in Europa massiv Technologie mit viel Steuergeld entwickelt wird, um sie dann nach Asien zu verschern, damit andere Geld verdienen?“, fragt sich der 47-jährige Vorstandschef der Meyer Burger Technologie AG. Besser wäre es, die Jobs könnten hier entstehen, meint er.

Das versucht er jetzt umzusetzen. Das börsennotierte Schweizer Unternehmen hat vor kurzem entschieden, künftig seine Maschinen mit der neuesten Technologie nicht mehr zu verkaufen, sondern die Produktion der Solarzellen und Solarmodule selbst in die Hand zu nehmen. Die Solarzellen sollen in Bitterfeld gefertigt werden und die Module an einem früheren Produktionsstandort des insolventen Unternehmens Solarworld in Freiberg. Mehr als 3000 Arbeitsplätze könnten langfristig entstehen.

Der gebürtige Chemnitz, Vater von zwei Kindern, ist zuversichtlich, dass die neue Strategie des Unternehmens einschlägt. „Die Entwicklung der Photovoltaik hätte es ohne Meyer Burger gar nicht gegeben“, sagt Erfurt. Der Maschinenbau sei in der Branche die eigentliche Königsdisziplin. „Es gehört zu unserer Kernkompetenz, Fabriken aufzubauen“, versichert der Vorstandschef, der seit fünf Jahren zur Geschäftsleitung des Schweizer Maschinenbauers gehört und im April dieses Jahres den Vorstandsvorsitz übernommen hat.

Angst davor, dass der Technologievorsprung von Meyer Burger schnell dahinschmelzen könnte, hat Erfurt nicht. Die sogenannte Heterojunction/Smart-Wire-Technologie sei über zwölf Jahre hinweg mit einer eingespielten Mannschaft entwickelt worden. „Das Wissen steckt in den Köpfen“, meint der Physiker. In der Summe sicherten zudem einige 100 Patente das Know-how über



Gunter Erfurt präsentiert eine Solarzelle mit neuer Technologie. In ihr stecken zwölf Jahre Entwicklungsarbeit. FOTO: UWE MANN

die gesamte Fertigungslinie hinweg bis ins Endprodukt hinein.

Für den Strategiewechsel hin zum Produktionsunternehmen für Photovoltaik sieht der Vorstandschef den richtigen Zeitpunkt gekommen. „Das Marktumfeld sieht richtig gut aus“, erklärt Erfurt. Anders als viele meinen, gehöre die Photovoltaik inzwischen zu den günstigsten Energieerzeugungsarten. Bei der modernen Solarenergie

lägen die Kosten unter vier Cent für die Kilowattstunde. „Damit wird selbst die Windenergie unterboten“, versichert der Meyer-Burger-Chef. Zudem sei Sonnenenergie anders als Wind oder Kohle in der Öffentlichkeit akzeptiert. „Ohne Solarenergie schaffen wir die Energiewende nicht“, ist Erfurt überzeugt.

Anders als Europa habe China schon vor zehn Jahren erkannt, wie wichtig die Photovoltaik für die

künftige Energieversorgung ist. Heute beherrscht China zu fast 90 Prozent den Solarmarkt, so Erfurt. Doch dem will Meyer Burger etwas entgegensetzen. „Wir wollen diese Zukunftsenergie jetzt für Europa sichern“, erklärt der Vorstandschef des Schweizer Unternehmens. Ohne moderne Photovoltaik sei das Ziel, bis 2070 CO<sub>2</sub>-neutral zu wirtschaften, nicht möglich. „Man kann sich vor dem Thema verstecken oder es offensiv angehen, und das werden wir tun. Bei Meyer Burger ist die Solarenergie Zeitgeist, weil wir unsere Industrie verstehen“, sagt Erfurt selbstbewusst.

Mit Heimatgefühl oder Lokalpatriotismus habe die Entscheidung für die Standorte Freiberg und Bitterfeld nichts zu tun, versichert der Vorstandschef, der an der Bergakademie Freiberg promoviert hat, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig war und heute mit seiner Familie in Freiberg wohnt. „Nirgendwo haben wir solche guten Bedingungen vorgefunden. Es waren die beiden besten Standorte“, erklärt Erfurt. Die Fabrikanlagen von Solarworld gehörten zu den technologisch besten.

Die Entscheidung, die Ansiedlung und die damit verbundene Kapitalerhöhung an der Schweizer Börse zu prüfen, fiel am 12. März. Dann kam dem Projekt das Coronavirus in die Quere. Vier Monate lang wurde alles auf Videokonferenzen verhandelt. „Wir waren von sieben Uhr bis Mitternacht im Einsatz“, erzählt Erfurt, der eigentlich nicht erwartet hatte, dass sich solch ein komplexes Projekt umsetzen lässt, ohne dass man mit Verhandlungspartnern gemeinsam an einem Tisch sitzt. „Aber es hat geklappt und es war sogar sehr effizient“, sagt er. Nachdem die Aktionäre auf der Hauptversammlung die Kapitalerhöhung und den Strategiewechsel absegnen hatten, war allerdings auch bei dem 47-Jährigen der Akku erst einmal leer. Er gönnte sich eine kurze Auszeit und fuhr einige Tage mit einem Wohnmobil nach Brandenburg in den Spreewald – ganz allein, ohne Familie.

Inzwischen ist klar, dass die Kapitalerhöhung erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Meyer Burger fließt damit ein Bruttoerlös von 165 Millionen Schweizer Franken (etwa 155 Millionen Euro) zu. Damit ist der Weg für die Neuausrichtung als Hersteller von Solarzellen und Solarmodulen frei. Die Produktion soll bereits im ersten Halbjahr 2021 starten und dann kontinuierlich ausgebaut werden.

## Batterien: Tesla plant eigene Fertigung

Auch andere Firmen wollen unabhängig von China werden

**GRÜNHEIDE** – Der US-Elektroautohersteller Tesla will für seine geplante Fabrik in Grünheide bei Berlin die benötigten Batterien selbst am Ort herstellen. „Es wird eine lokale Zellproduktion geben, die den Bedürfnissen der Berliner Fabrik gerecht wird“, sagte Tesla-Chef Elon Musk nach Angaben des Unternehmens vom Freitag bei einer Online-Konferenz zu den Zahlen des zweiten Quartals. Tesla will vom Sommer 2021 an Elektroautos in Grünheide in Brandenburg produzieren und sein Ziel von rund 500.000 Stück pro Jahr möglichst schnell erreichen. Bisher war offen, ob es auch eine lokale Batteriezellenproduktion geben wird, die Rede war nur von Modulen.

Die Frage, ob sich der Aufbau eigener Zellproduktionen lohnt, bewegt die Auto- und Zulieferbranche seit mehreren Jahren. Das Vorhaben ist extrem teuer. Wer selbst herstellt, reduziert dafür die Abhängigkeit von den großen asiatischen Zellproduzenten und das Risiko von Lieferengpässen. Davor warnt vor allem die Politik, die mehrere Initiativen für den Aufbau einer Zellproduktion in Deutschland und – länderübergreifend – in Europa angestoßen hat. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert Großprojekte zur Batteriezellinnovation. Die Konzerne selbst sehen das meist deutlich entspannter und verweisen auf langfristige Lieferverträge.

VW hatte lange überlegt und sich dann entschieden, doch selbst auch in die Zellproduktion einzusteigen. Der Konzern baut zusammen mit dem schwedischen Partner Northvolt in Salzgitter eine Fabrik auf. Daimler und BMW hingegen bleiben bei ihrer Linie, die Zellen bei Zulieferfirmen zu kaufen und daraus dann selbst ihre Batterien zu bauen. Auch diese Zellen sollen künftig allerdings in Deutschland produziert werden. Daimler hatte erst kürzlich einen Ausbau seiner Partnerschaft mit dem chinesischen Hersteller Farasis angekündigt, der ein Werk in Sachsen-Anhalt baut. Zellen für BMW wiederum sollen künftig aus einem Werk des ebenfalls aus China stammenden Anbieters CATL in Thüringen kommen.

Die vollständige umweltrechtliche Genehmigung für die Fabrik durch Brandenburg liegt noch nicht vor. Deshalb baut Tesla auf eigenes Risiko. |dpa

# Werkverträge soll es künftig nicht mehr geben

Nun soll es schnell gehen: Bereits im kommenden Monat will Arbeitsminister Heil ein Gesetz zum Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie vorgehen.

VON BERNHARD WALKER

**BERLIN** – Ab 2021 werden Werkverträge in der Schlachtung und Zerlegung von Tieren sowie in der Fleischverarbeitung verboten: So steht es in einem neuen Gesetzentwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil. Politiker der Union und Gewerkschafter begrüßen den Vorschlag. Das Bundeskabinett soll ihn am kommenden Mittwoch beschließen.

Nachdem es im Mai zu einem großen Corona-Ausbruch bei der Firma Tönnies in Rheda-Wiedenbrück gekommen war, erklärte die Bundesregierung, dass sie ein Verbot der Werkverträge anstrebt. Dies

setzt Heil nun um. In der Branche gebe es „zahlreiche Rechtsverstöße“, heißt es in dem Entwurf: „Trotz Selbstverpflichtungen der Branche, trotz Verschärfungen des Regelwerks und trotz verschärfter Kontrollen ist keine nennenswerte Verbesserung der Arbeitsbedingungen feststellbar.“ Es gebe Fälle, in denen Beschäftigte 16 Stunden am Tag gearbeitet hätten. Vielfach machten Werkvertrag-Beschäftigte, die vor allem aus Osteuropa kommen, die Hälfte der Belegschaft aus. Diese Beschäftigten lebten zudem oft in „nicht menschenwürdigen“ Unterkünften. Die Firmen werden deshalb verpflichtet, die Arbeitszeiten elektronisch aufzuzeichnen.

Matthias Brümmer von der Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten in der Region Oldenburg/Ostfriesland unterstützt Heils Vorschlag: „Wir fordern diesen Weg seit 20 Jahren und fühlen uns mit der Kritik über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werkvertragsbestätigten.“ Wie Brümmer engagiert sich auch Szabolcs Seps von der DGB-Beratungsstelle für Faire Mobilität für die Interessen der

Werkvertrags-Beschäftigten. Seps sieht in dem Entwurf des Arbeitsministers einen „wichtigen, substantiellen Fortschritt“, fügt aber an: „Anhand unserer Erfahrungen sind wir schon besorgt, dass einige Unternehmen versuchen könnten, Ausweichschritte zu gehen, zum Beispiel indem sie das Werkvertragssystem über Tochtergesellschaften weiterführen.“ Er sei sich sicher, so Seps, dass es noch ein langer Weg sei, „bis wir in der Fleischindustrie gute Ar-

beitsbedingungen und überhaupt gute Voraussetzungen für eine Integration der ausländischen Beschäftigten haben werden.“

Heil schlägt neben dem Verbot auch strengere Kontrollen vor. Es soll eine „Mindestbeschäftigungsquote“ der Arbeitsschutzbehörden in den Fleischfirmen geben. Um die Quote zu erfüllen, brauchen die Länder bis zum Jahr 2026 etwa 630 neue Mitarbeiter in den Behörden für den Arbeitsschutz.



Die Schlachtereie am Stammsitz. FOTO: TÖNNIES/DPA

## Neue Fälle bei Tönnies

**Beim Fleischverarbeiter Tönnies** in Rheda-Wiedenbrück sind bei routinemäßigen Kontrollen 30 Mitarbeiter positiv auf das Coronavirus getestet worden. Die meisten sind nach Angaben des Unternehmens sogenannte Altfälle – bei denen das Virus schon früher festgestellt worden und noch immer nachweisbar sei. Die 30 Mitarbeiter seien wie alle Beschäftigten beim Arbeitsantritt im Werk nach der wochenlangen Zwangspause des Fleischverarbeiters getestet worden – so sei das Vorgehen mit den Behörden zuvor abgestimmt worden, sagte Unternehmenssprecher Andre Vielstädte. Nach rund 24 Stunden habe das Ergebnis vorgelegen, dann seien die infizierten Kollegen unmittelbar für den Betrieb gesperrt und in Quarantäne geschickt worden. Ob tatsächlich alle 30 Beschäftigten einen Tag lang eingesetzt waren, werde noch ermittelt. Bei 8 der 30 Mitarbeiter müsse noch geklärt werden, ob sie sich neu mit dem Coronavirus angesteckt haben oder ob bei ihnen nur eine frühere Infektion noch nachweisbar sei, sagte Vielstädte. |dpa